

## Neues Pest

### Hauptstädtischer Municipalauschuss.

Die Lebensmittelfrage. — Einführung von Fettkarten. — Verbot des Fausenkaffees. — Die Franzstädter Pfarrewahl.

Budapest, 8. November. Der Frage der Versorgung der hauptstädtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde seitens der Stadtrepräsentanten das erforderliche Interesse entgegengebracht, so daß die Eröffnung der Generalversammlung vor dichtgefüllten Bankreihen erfolgte. Die Diskussion wurde durch den Magistratsrath Ludwig Fokusházy eingeleitet, der im Rahmen des bekannten Magistratsberichtes sich über den ganzen Komplex der Approvisionierungsangelegenheit ausbreitete und mittheilte, die Hauptstadt habe beim Lebensmittelamt die Einführung von Fettkarten in Vorschlag gebracht. Das Verbot des Fausenkaffees in den Kaffeehäusern nimmt am 10. d. seinen Anfang. Wilhelm Bázsonyi nahm in einer längeren Rede zur Magistratsvorlage Stellung und verlegte sich vornehmlich darauf, die Fehler und Unterlassungen der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Zur Angelegenheit sprachen noch Alexander Petö und Michael Szalai, die mit diversen Anträgen zur Abstellung der Uebelstände hervortraten. Im Laufe der Generalversammlung erfolgte die Besetzung der Stelle des Franzstädter römisch-katholischen Pfarrers. Aus der Wahl ging Dr. Géza Hunkár als Sieger hervor.

Die Berathung wird Freitag Nachmittag 4 Uhr fortgesetzt.

Ueber den Verlauf der Generalversammlung berichten wir im Nachstehenden:

Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy eröffnet die Sitzung und widmet dem verstorbenen Oberphysikus Dr. Maden Magyarevic einen warmen Nachruf. Die Generalversammlung beschließt, das Andenken des Verstorbenen im Protokoll zu verewigen.

Der Bürgermeister hat aus Anlaß der Wiedererrichtung des Königreichs Polen an den Präsidenten des Polenklubs Ritter v. Bilinski ein Begrüßungsschreiben gerichtet. Ritter v. Bilinski hat in herzlichen Worten seinen Dank ausgedrückt.

#### Die Miethzinserhöhungen.

Magistratsrath-Obernotär Madár Marher bringt den bekannten Vorschlag des Magistrats gegen die Miethzinserhöhungen zur Verlesung.

Joseph Kraemer bemängelt es, daß in der Unterbreitung an die Regierung jedweder Schutz der Interessen der Hauseigentümer außer Acht gelassen wird. (Widerspruch.) Er beantragt, die Regierung in einer zweiten Unterbreitung zu ersuchen, sie möge einen Modus zur Schadloshaltung derjenigen Hauseigentümer ausfindig machen, die in Folge der nichtbezahlten Miethzinse der Eingekückten einen beträchtlichen Theil ihres Einkommens eingebüßt haben.

Bürgermeister Stephan Bárczy weist darauf hin, daß in der Motivierung der Unterbreitung auf diese Hauseigentümer Rücksicht genommen wurde.

Wilhelm Bázsonyi erörtert die Antegedienten der Unterbreitung. Die Hauseigentümer können nicht als einheitliche Klasse behandelt werden. Einzelne Hauseigentümer sind, ohne auf den Krieg Rücksicht zu nehmen, mit geradezu exorbitanten Steigerungen, die mitunter 50 Prozent erreicht haben, vorgegangen. Die Ausbeutung und Ausnützung der Kriegslage steht im Widerspruch mit dem Dekorum der gesellschaftlichen Stellung des Hauseigentümers, weshalb gegen diese mit aller Strenge vorgegangen werden müsse.

Die Unterbreitung wird hierauf zur Kenntniß genommen.

Johann Szigethy hat einen Antrag eingebracht, wonach die Generalversammlung ihrer Freude über die Wiedererrichtung des Königreichs Polen im Protokoll Ausdruck geben möge.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### Die Lebensmittelfrage.

Zur Tagesordnung übergehend skizziert Magistratsrath Ludwig Fokusházy den bekannten Bericht des Magistrats in der Approvisionierungsfrage und hebt hervor, daß in dem Berichte auch die Antwort auf die Interpellation der Repräsentanten Alexander Petö, Johann Wittner und Dr. Julius Baranski enthalten sei. Magistratsrath Fokusházy bringt hierauf einen Antrag betreffend die

#### Einführung von Fettkarten

ein. Die Hauptstadt möge in dieser Angelegenheit an das Landes-Lebensmittelamt eine dringende Unterbreitung richten. Gleichzeitig möge das Lebensmittelamt ersucht werden, dafür zu sorgen, daß die Schweineübernahmungskommission des Kriegsministeriums zur Approvisionierung der bürgerlichen Bevölkerung eine entsprechende Anzahl von Schweinen überlassen möge. Ferner soll der Hauptstadt gestattet werden, von den zu Militärversorgungswecken dienenden und im hauptstädtischen Schlachthause geschlachteten Schweinen das zum Insbesetzen des Fettkartensystems unbedingt notwendige Fett requirieren zu dürfen. Schließlich soll an das Lebensmittelamt der Bericht ergehen, daß selbst die minimalste Fettversorgung der hauptstädtischen Bevölkerung solange nicht gesichert werden könne, bis das Landesamt den fortwährenden und systematischen Auftrieb einer entsprechenden Anzahl von Schweinen nicht gewährleistet.

#### Verbot des Fausenkaffees.

Bezüglich der Zuschrift des Lebensmittelamtes in Angelegenheit des Verbots des Fausenkaffees in den Kaffeehäusern beantragt der Magistrat, die Zuschrift zur Kenntniß zu nehmen. Das Verbot tritt am 10. November ins Leben. Gleichzeitig soll das Lebensmittelamt ersucht werden, dieses Verbot auf das ganze Land auszudehnen. Der Magistrat wird schließlich die Frage einer eingehenden Erörterung unterziehen, auf welche Weise die Ansammlungen und das Austellen vor den Geschäften zu vermeiden wären und wird über die zu treffenden Verfügungen der Generalversammlung Bericht erstatten.

Er empfiehlt den Bericht und die darin enthaltenen Anträge zur Annahme.

Wilhelm Bázsonyi gibt zunächst seinem Bedauern Ausdruck, daß der Magistrat die Approvisionierungsfrage so selten vor die Generalversammlung bringt. Durch die Befolgung eines anderen Vorgehens hätte vielleicht in mancher Beziehung ein günstigeres Resultat erzielt werden können. Die Approvisionierungsfrage kann nicht in lokalem Sinne erledigt werden. Die lokalen Verfügungen können sich höchstens auf die Vertheilung der vorhandenen Vorräthe beziehen. Denn der Durchmesser der Approvisionierungsfrage ist nicht die Hauptstadt allein, oft nicht einmal das ganze Land, sondern häufig die ganze Monarchie. Wenn wir also hier einzelne kleine Schönheitsfehler reparieren wollen, haben wir nicht viel erreicht. Die Errichtung des Lebensmittelamtes ist auf die Initiative der Hauptstadt zurückzuführen, ebenso wie in vielen anderen Fragen betreffend die Lebensmittelversorgung die Initiative ergriffen hat. Die Errichtung der Lebensmittelzentrale wurde auch im Reichstag beantragt, doch wurde dieser Antrag der Opposition niedergestimmt. Die diesbezügliche Unterbreitung der Hauptstadt blieb unbeantwortet. Jetzt wurde das Amt doch errichtet, und wir begrüßen diese Thatsache auch jetzt mit Sympathie und bringen seiner Thätigkeit große Erwartungen entgegen. Redner muß wiederholt betonen, daß die Verfügungen und Verbote des Lebensmittelamtes auf das ganze Land Anwendung finden sollen. Redner zählt hierauf die von der Regierung begangenen Fehler auf. So wurde zum Beispiel der Preis der Schweine in der Weise maximalisirt, daß es bisher noch keinen einzigen Verkäufer gab, der sein Schwein zum Maximalpreise verkauft hätte. Wenn man schon einen Preis maximalisirt, so soll man auch dafür sorgen, daß dieser Preis auch eingehalten werde. Die Behörde soll dafür sorgen, daß die Mißbräuche aufgedeckt werden. Man soll mit Agents provocateurs arbeiten, nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Lande. Unser vortreffliches Detektivcorps könnte dies sehr gut besorgen. Redner weiß es bestimmt, daß die Fleischhandels-Untersuchungsgesellschaft über den Maximalpreis einkauft. Sie möge den Namen dieser Produzenten bekanntgeben. Der Wucher muß auf allen Gebieten verfolgt werden, er darf nicht das Privilegium irgend einer Klasse sein.

Alexander Petö: Die königliche Staatsanwaltschaft

kauft auch über den Maximalpreis ein. Ich bringe dies dem Bürgermeister zur Kenntniß.

Wilhelm Bázsonyi beantragt, die Hauptstadt möge ihre früheren Beschlüsse in der Approvisionierungsfrage erneuern, aus welchen hervorgeht, daß die Hauptstadt rechtzeitig auf die Uebel und auf die Mittel zur Abhilfe hingewiesen hat. Die Regierung soll den Preis sämtlicher erstklassigen Lebensmittel und sämtlicher Haushaltungsartikel maximalisiren und den Verkaufszwang aussprechen; gleichzeitig muß aber die Regierung dafür sorgen, daß die Städte über einen entsprechenden Vorrath verfügen. In der Frage der Mehlerversorgung befindet sich die Stadtbevölkerung in einer viel ungünstigeren Lage als die Landbevölkerung. In der Provinz hat sich Jeder rechtzeitig mit Mehl versehen können, die Stadtbevölkerung aber nicht. Die Städte dürfen deshalb, weil ihre Straßen mit Pflaster und Asphalt gedeckt sind und keinen Weizen produziren können, nicht bestraft werden. Aber nicht nur mit den Lebensmitteln, auch mit den Bekleidungsartikeln wird ungeheurer Wucher getrieben. Für Kleider, Schuhe, Wäsche werden fabelhafte Preise bezahlt. Die Preise dieser Artikel müssen ebenfalls maximalisirt werden. Die Regierung kann auf diesem Gebiete Oesterreich gegenüber mit der Androhung von landwirthschaftlichen Repressalien vorgehen. Redner nimmt den Bericht zur Kenntniß und beantragt, der Regierung den Beschluß der hauptstädtischen Generalversammlung vom 8. Oktober 1915 neuerlich zu unterbreiten, in welchem Maximalpreise nicht nur für Lebensmittel, sondern für sämtliche anderen Bedarfsartikel gefordert wird. (Lebhafte Zustimmung und Applaus.)

#### Die Franzstädter Pfarrewahl.

Nach einer Pause meldete der vorsitzende Bürgermeister, daß bei der Wahl des Subapostolischen Franzstädter römisch-katholischen Pfarrers insgesamt 195 Stimmen abgegeben wurden. Davon entfielen auf Dr. Géza Hunkár 105 Stimmen, der hiermit gewählt erscheint. (Ebenrufe.)

In der fortgesetzten Verhandlung der Lebensmittelfrage

ergreift Alexander Petö das Wort, der die Antwort auf seine Interpellation nicht zur Kenntniß nimmt, sondern von neuem fordert, daß der Magistrat der Generalversammlung allmonatlich einen Bericht über den Stand der Approvisionierungsfrage vorlegen soll. Was die Mehlerversorgung betrifft, so sei es nicht begrifflich, weshalb keine Semmeln gebacken werden dürfen, dagegen der Verkauf von theurem und schlechtem Zuckergebäck in den Kaffeehäusern erlaubt ist. Redner stellt einen Antrag, wonach das Baden von Semmeln bei Tage gestattet werde.

Bürgermeister Stephan Bárczy bemerkt, daß er gegen die allmonatlichen Berichte an die Generalversammlung nichts einzuwenden habe. Im Interesse der Mehlerversorgung der hauptstädtischen Bevölkerung hat der Magistrat alle möglichen Mittel ergriffen, und es sei mahlich nicht sein Fehler, wenn die amtlichen und privaten Bemühungen nicht vom gewünschten Erfolge begleitet waren.

Johann Wittner nimmt die Antwort auf seine Interpellation zur Kenntniß. Für die Bevölkerung der Hauptstadt müßten mindestens 2000 Schweine im Monat sichergestellt werden. Er bittet den Magistratsrath Fokusházy, bei seinen Verfügungen die Anforderungen des praktischen Lebens zu berücksichtigen.

Michael Szalai findet es für sehr bedauerlich, daß die Lebensmittelfrage hier großer Theilnahmslosigkeit begegnet. Nur den Ausführungen eines einzigen Redners wurde großes Interesse entgegengebracht, seitdem hat sich der Saal fast vollständig geleert. Redner befaßt sich mit den einzelnen Abschnitten des Berichtes. Er weist auf die Fehler beim Ankauf von Zuckerkarten hin. Er fordert die Einführung von Zuckerkarten, denn er hat es vom Leiter der Zuckercentrale erfahren, daß der Bevölkerung der Hauptstadt monatlich 1-25 Millionen Kilogramm, also 1-25 Kilogramm per Kopf, zur Verfügung stehen. Dieses Quantum wird für die ganze Kriegsdauer garantiert, dabei auch der Bedarf der Industrie gedeckt. In der Frage der Mehlerversorgung wünscht er die weitestgehenden Verfügungen. Die Hauptstadt soll, wenn kein anderes Mittel zum Ziele führt, den Milchverkauf monopolisiren, denn nur auf diese Weise sei eine gerechte Vertheilung des Vorraths möglich. Mit Einbeziehung der Pélmonostorer Domäne soll ein Produktionsrayon bestimmt werden, das Budapest mit Milch zu versorgen habe. Für diesen Rayon soll der Produktions- und Verkaufszwang ausgesprochen werden. Redner bringt diesbezüglich einen Antrag ein.

Magistratsrath Ludwig Fokusházy erklärt, auf die Worte des Vorredners reflektirend, daß der Direktor der Zuckercentrale, Herr Kobitsch, weder mit ihm noch mit seiner Section verhandelt habe. Er sei seitens der Centrale in der Zuckerfrage stets der größten Verschlossenheit begegnet und er müsse auch jetzt einen förmlichen Kampf bestehen, um die Zuckerkarten für Budapest zu erwirken. Wenn übrigens der Herr Direktor ihm etwas mitzuthellen habe, so wisse er wohl, wo er zu finden sei, und habe es nicht nothwendig, sich eines Boten zu bedienen.

Nach einer kurzen Entgegnung Michael Szalais wurde in Anbetracht der vorgeschickten Stunde — es war bereits ein Viertel 9 Uhr geworden — die Fortsetzung